

Kapitalmarkt 2.2.79.**Creditanstalt-Bankverein**

Nachrangiger CA-Geldmarktfloater 1996-2021/1
Nachrangige Bankobligation mit halbjährlicher Zinsanpassung der
Creditanstalt-Bankverein
 Wertpapierkenn-Nr. 024 681

Bedingungen**§1**

Die Forderungen aus dem nachrangigen CA-Geldmarktfloater 1996-2021/1 der Creditanstalt Bankverein (nachstehend Bankobligation genannt) sind nachrangige Forderungen. Diese nachrangigen Forderungen aus den Bankobligationen können insbesondere im Liquidations- oder Konkursfall der Creditanstalt-Bankverein (nachstehend CA genannt) unwiderruflich erst nach den Forderungen der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden.

§2

(1) Die Bankobligationen werden im Wege einer Daueremission in einem Gesamtnennbetrag von bis zu S 200.000.000,- mit Aufstockungsmöglichkeit ausgegeben. Sie werden zu je S 10.000,- Nominale begeben und lauten auf den Inhaber.

(2) Die Bankobligationen werden zur Gänze durch Sammelurkunden (§ 24 b) Depotgesetz) vertreten.

(3) Die Sammelurkunden tragen die Unterschriften von zwei Prokuristen der CA, Wien.

§3

Die Laufzeit der Bankobligationen beginnt am 14. Februar 1996 und endet am dem den Zinsstermin im Februar 2021 vorangehendem Tag.

§4

(1) Die Verzinsung der Bankobligationen beginnt am 14. Februar 1996. Die Zinsen sind halbjährlich im nachhinein jeweils an dem Tag ("Zinsstermin") fällig, der dem vorangehenden Zinsstermin um sechs Monate folgt. Die Zinsen sind erstmals am 14. August 1996 fällig.

(2) Wenn ein Zinsstermin auf einen Tag fiele, der kein Bankarbeitstag ist, so fällt der Zinsstermin statt dessen auf den nächstfolgenden Bankarbeitstag, es sei denn, der Zinsstermin fiele dadurch in den nächsten Kalendermonat. In diesem Fall fällt dieser Zinsstermin auf den unmittelbar vorangehenden Bankarbeitstag und jeder folgende Zinsstermin auf den letzten Bankarbeitstag des sechsten, dem jeweiligen Zinsstermin folgenden Kalendermonats. Der Zeitraum von sechs Monaten zwischen den Zinssterminen wird nachstehend als "Zinsenperiode" bezeichnet. Der Ausdruck "Bankarbeitstag" in dem hier verwendeten Sinn bezeichnet einen Tag, an dem die Banken in Wien geöffnet sind.

(3) Die Zinsen für die Bankobligationen werden auf Basis der tatsächlichen Zahl von Tagen in der betreffenden Zinsenperiode unter Zugrundelegung eines Jahres von 360 Tagen berechnet.

(4) Die Zinssätze und die zahlbaren Schillingbeträge für jede Zinsenperiode werden jeweils am zweiten Bankarbeitstag vor Beginn der betreffenden Zinsenperiode ("Zinsfestsetzungstag") festgelegt.

(5) Dieser Zinssatz wird jeweils 0,2 % p.a. über dem am Zinsfestsetzungstag um ca. 11.00 Uhr Wiener Zeit auf der Reuters-Seite "VIBO" genannten Briefsatz für 6-Monats-Schilling-Einlagen ("6-Monats-VIBOR") festgesetzt. Dieser Zinssatz wird erforderlichenfalls auf das nächste Zehntel kaufmännisch auf- oder abgerundet.

(6) Sollte am Zinsfestsetzungstag, aus welchen Gründen auch immer, der 6-Monats-VIBOR auf der Reuters-Seite "VIBO" nicht feststellbar sein, so wird der Zinssatz jeweils um 0,2 % p.a. über dem arithmetischen Mittel jener Sätze festgesetzt, welche von den Referenzbanken am Zinsfestsetzungstag um ca. 11.00 Uhr Wiener Zeit als deren Briefsatz am Wiener Zwischenbankmarkt für 6-Monats-Schillingeinlagen genannt werden. Sollten am Zinsfestsetzungstag weniger als fünf, aber mehr als eine der Referenzbanken

Zinssätze zur Berechnung des festzusetzenden Zinssatzes angeben, so gelten die von diesen Banken genannten Sätze als Berechnungsgrundlage. Sollte am Zinsensatztag nur eine oder keine der Referenzbanken Zinssätze zur Berechnung des festzusetzenden Zinssatzes angeben, so gilt für die folgende Zinsenperiode der Zinssatz für die laufende Zinsenperiode weiter.

(7) Sollte es in Zukunft zu einer Veröffentlichung des VIBOR im vorstehend beschriebenen Sinne an anderer Stelle oder in anderer Form kommen, sind diese neuen Veröffentlichungen für die Zinssatzanpassung heranzuziehen. Sollte zukünftig die Veröffentlichung des VIBOR in der in diesen Bedingungen zugrunde gelegten Form unterbleiben, wird die CA die zukünftige Zinssatzanpassung anhand von Indikatoren vornehmen, die wirtschaftlich den jetzt vereinbarten Indikatoren so nahe als möglich kommen.

(8) Der für die jeweils folgende Zinsenperiode festgesetzte Zinssatz, der zahlbare Zinsbetrag sowie der diesbezügliche Zinsentermin werden unverzüglich gemäß §10 dieser Bedingungen veröffentlicht.

(9) Die Verzinsung der Bankobligationen endet an dem ihrer Fälligkeit vorangehenden Tag.

§5

Die Tilgung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen des §6 Abs.2, spätestens zum Zinsentermin im Februar 2021 zum Nennwert.

§6

(1) Eine Kündigung seitens der Gläubiger ist ausgeschlossen.

(2) Die CA ist berechtigt, die Bankobligationen zur Gänze oder teilweise, frühestens zum Zinsentermin im Februar 2016, unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist zur Einlösung zu kündigen, wenn sie vor Veröffentlichung der Kündigung Kapital in gleicher Höhe und zumindest gleicher Eigenmittelqualität beschafft. Die Einlösung erfolgt zum Nennwert.

(3) Die Kündigung der Bankobligationen erfolgt durch Veröffentlichung gemäß §10.

§7

(1) Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruches aus den Bankobligationen gegen Forderungen der CA ist ausgeschlossen.

(2) Für die Verbindlichkeiten aus diesen Bankobligationen werden durch die CA oder durch Dritte keine vertraglichen Sicherheiten gestellt.

§8

(1) Zahlstelle ist die Creditanstalt-Bankverein, Wien

(2) Die Gutschrift der Zinsen und Tilgungserlöse erfolgt durch die depottführenden Banken.

(3) Die Zahlungen erfolgen in österreichischen Schilling. Wird der österreichische Schilling durch eine einheitliche europäische Währung ersetzt, erfolgen die Zahlungen entsprechend dem festgelegten Umrechnungskurs und den gesetzlichen Vorschriften in der einheitlichen europäischen Währung.

§9

Der Anspruch auf die Zinsen verjährt 3 Jahre, der Anspruch auf das Kapital 30 Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

§10

Alle Bekanntmachungen über die Bankobligationen werden in der "Wiener Zeitung" veröffentlicht. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Gläubiger bedarf es nicht. Zur Rechtswirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung in der "Wiener Zeitung".

§11

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus der Ausgabe dieser Bankobligationen gilt österreichisches Recht; Gerichtsstand ist Wien.

Wien, im Februar 1996